



An die
Arbeitsgruppe 3
"Innovative IT-Angebote des Staates"
des Nationalen IT-Gipfels

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Steuerungsgruppe der **Virtuellen Region Nordwest** (ViR-Nordwest) hat am 5. September 2014 beschlossen, dass die ViR-Nordwest sich auch zum **"Erprobungsraum Nordwest"** erklärt. Die ViR-Nordwest begrüßt das Vorhaben der AG3 des Nationalen IT-Gipfels, in Erprobungsräumen die technischen, organisatorischen und rechtlichen Aspekte von E-Government-Technologien und innovativen neuen Standards und Produkten zur Verwaltungsmodernisierung zu erproben und zu testen. Insbesondere vor dem langjährigen Erfahrungshintergrund, den die ViR-Nordwest mit ressort- und organisationsübergreifender Zusammenarbeit in interkommunalen E-Government Projekten erworben hat, möchte die Virtuelle Region sich mit dieser Erklärung aktiv in die Entwicklung und Erprobung von E-Government-Vorhaben der Nationalen E-Government-Strategie (NEGS) einbringen und ihre Unterstützung anbieten.

Die ViR-Nordwest gibt es seit mehr als 10 Jahren. Zum aktuellen Zeitpunkt arbeiten **64 Kommunen** (17 Städte, 15 Landkreise, 13 Samtgemeinden, 19 Gemeinden und Flecken) sowie einige Institutionen, Vereine und Verbände gemeinsam an der Entwicklung von interkommunalen E-Government-Angeboten für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen.

Die Netzwerkmitglieder arbeiten von Beginn an ohne jede Verpflichtung und Bindungswirkung interdisziplinär, sowie Ebenen-, Behörden- und Fachübergreifend zusammen. Durch die dabei gewonnene Kompetenz ist die ViR-Nordwest in der Lage, praxisnahe innovative Projekte mit konkretem Nutzen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen umzusetzen und zu erproben, um Behörden über die Grenzen kommunaler und örtlicher Zuständigkeiten hinaus miteinander zu vernetzen und in die Umsetzung des E-Government-Gesetzes und der Nationalen E-Government Strategie (NEGS) einzubinden.

Die Netzwerkmitglieder der ViR-Nordwest sehen in ihrer Zusammenarbeit einen wesentlichen **Beitrag zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung**, damit die Leistungsfähigkeit der Verwaltung auch angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels und in Zeiten knapper Haushaltskassen dauerhaft sichergestellt werden kann.

10 Thesen - die Grundlage der Zusammenarbeit im interkommunalen E-Government Netzwerk der ViR-Nordwest

1. Interkommunale Zusammenarbeit führt zu Kostenersparnis, zur Verbesserung der Qualität der Verwaltungsleistung und zu einer Beschleunigung der Verfahren.
2. Die Teilnahme an den einzelnen Kooperationen ist freiwillig, so kann den örtlichen kommunalen Besonderheiten ausreichend Rechnung getragen werden.
3. Interkommunale Zusammenarbeit stärkt die Selbstständigkeit der einzelnen Kommunen und die kommunale Selbstverwaltung.
4. E-Government erleichtert die interkommunale Zusammenarbeit.
5. E-Government ist ein technisches Mittel zur Optimierung von Geschäftsprozessen und damit zur Verwaltungsmodernisierung. E-Government darf nicht als schöne Fassade schlechter Geschäftsprozesse erhalten. Bei der Verbesserung der Geschäftsprozesse aus Kundensicht hilft u.a. das Lebenslagenprinzip.
6. E-Government dient dabei als Strategie und als Instrument zum Ausbau und zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Die Optimierung der kommunalen Dienstleistungsqualität ist in diesem Zusammenhang ein zielführendes Anliegen.
7. Die Ausgaben für E-Government sind nur zu rechtfertigen, wenn der Nutzen die Kosten übersteigt. Eine Kosten-Nutzen-Analyse ist durchzuführen. E-Government muss zur Rationalisierung beitragen. Rationalisierend wirken z.B. die Vermeidung von Redundanzen (mehrfache Eingabe derselben Daten) und die Dateneingabe durch den Kunden selbst (vgl. Elektronische Steuererklärung), aber allgemein auch die Optimierung von Geschäftsprozessen im Zuge der Einführung von E-Government-Lösungen.
8. E-Government muss sich an den Anforderungen von externen und internen Kunden (Bürger/innen, Unternehmen, Kommunen und andere Behörden, Mitarbeiter/innen) ausrichten, einen wesentlichen Teil der Kunden ansprechen und diesen Kunden einen echten Mehrwert bieten, sei es durch Zeitersparnis, Kostenreduzierung oder Leistungssteigerung.
9. M-Government (Mobile Government) ist auch E-Government - unter Einbeziehung drahtloser Datenübertragung.
10. Regionale und überregionale Kooperationen führen zu einheitlichen Standards für die Kunden, ermöglichen die Abwicklung von Lebenslagen zuständigkeitsübergreifend und aus einer Hand. Sie erleichtern Wissenstransfer, führen zu technischen und rechtlichen Standards und senken Entwicklungskosten. Daraus ergeben sich gemeinsame Anforderungen an die Bundes- und die Landesebene.

Diese Erklärung unterzeichnet für alle Netzwerkmitglieder der ViR-Nordwest:



Hans-Henning Lühr

Staatsrat bei der Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen

Hamburg, den 21. Oktober 2014

15 Landkreise

Landkreis Aurich - Landkreis Cloppenburg - Landkreis Cuxhaven - Landkreis Diepholz -
Landkreis Friesland - Landkreis Harburg - Landkreis Heidekreis - Landkreis
Nienburg/Weser - Landkreis Oldenburg - Landkreis Osnabrück - Landkreis Osterholz -
Landkreis Rotenburg (Wümme) - Landkreis Stade - Landkreis Verden - Landkreis
Wesermarsch

13 Samtgemeinden

Samtgemeinde Am Dobrock - Samtgemeinde Artland - Samtgemeinde Bederkesa -
Samtgemeinde Beverstedt - Samtgemeinde Börde Lamstedt - Samtgemeinde
Bruchhausen-Vilsen - Samtgemeinde Hagen im Bremischen - Samtgemeinde Hemmoor -
Samtgemeinde Land Hadeln - Samtgemeinde Land Wursten - Samtgemeinde Rehden -
Samtgemeinde Schwaförden - Samtgemeinde Siedenburg

19 Gemeinden und Flecken

Gemeinde Bad Zwischenahn - Gemeinde Ganderkesee - Gemeinde Grasberg -
Gemeinde Hatten - Gemeinde Hude - Gemeinde Lilienthal - Gemeinde Lemwerder -
Gemeinde Loxstedt - Gemeinde Neu Wulmsdorf - Gemeinde Nordholz - Gemeinde Oyten -
- Gemeinde Ritterhude - Gemeinde Seevetal - Gemeinde Schiffdorf - Gemeinde Stuhr -
Gemeinde Thedinghausen - Gemeinde Wardenburg - Gemeinde Westoverledingen -
Gemeinde Weyhe - Flecken Ottersberg

17 Städte

Stadt Achim - Stadt Bassum - Stadt Bremen - Stadt Bremerhaven - Stadt Buchholz -
Stadt Cuxhaven - Stadt Delmenhorst - Stadt Diepholz - Stadt Langen - Stadt Oldenburg -
Stadt Osnabrück - Stadt Osterholz-Scharmbeck - Stadt Westerstede - Stadt
Wildeshausen - Stadt Wilhelmshaven - Stadt Sulingen - Stadt Syke

und folgende Verbände, Institute und Organisationen

Metropole Nordwest, "Die Frischköpfe" - KDO (Zweckverband Kommunale
Datenverarbeitung Oldenburg) - ifib - Institut für Informationsmanagement Bremen -
Niedersächsischer Städtetag - Niedersächsischer Landkreistag

Das E-Government Netzwerk
ViR-Nordwest

www.vir-nordwest.de

wird zum

**Erprobungsraum
Nordwest**

AG3 – Innovative IT-Angebote des Staates - beim IT-Gipfel in Hamburg am 21. Oktober 2014